


Herrn Stadtverordnetenvorsteher

- ☒ Antrag zur direkten Beratung in StvV gemäß § 9 GOSTvV
- ☐ Antrag über SKA gemäß § 9 GOSTvV
- ☐ Antrag über BUA gemäß § 9 GOSTvV
- ☐ Antrag über HFA gemäß § 9 GOSTvV
- ☐ Anfrage gemäß § 9 GOSTvV
- ☐ Frage gemäß § 10 GOSTvV

Stadtverordnetenvorsteher		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
Schriftführer (in)		
Datum	Uhrzeit	Sichtvermerk
28. JAN. 2014	9.00	

Betr.: DOSSIER 2014 Die Altlast in der Eppsteiner Straße in Oberursel .

Beschlusstext:

Der Magistrat wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses einen Bericht zur Beseitigung der Altlasten und zur Sanierung im Bereich der Grundstücke Eppsteiner Straße 11 und 13 vorzulegen und dabei die in dem vom BUND-Kreisverband am 27.01.2014 im Dossier „Die Altlast in der Eppsteiner Straße in Oberursel“ erhobenen Vorwürfe zu berücksichtigen. Bei der Sitzung sollen auch der BUND sowie von den Sanierungsmaßnahmen Betroffene zu Wort kommen.

Begründung:

Der BUND-Kreisverband des Hochtaunuskreises hat am 27.01.2014 das oben genannte Dossier Mandatsträgern, Magistrat und der Presse zugeleitet. Dieses Dossier fasst nach Angaben der Verfasser in stark komprimierter und allgemein verständlicher Form die Fakten aus zahlreichen Fachgutachten und Rathausakten, sowie aus Gesprächen mit Betroffenen zusammen und stellt den Akteuren einige offene Fragen. Es soll das Studium der Originalakten und der Messprotokolle nicht ersetzen, sondern einen Überblick über die Zusammenhänge geben, mit dem Schwerpunkt auf die Menschen, die von der Altlast und der Sanierung betroffen sind. Zudem soll es die Rolle der Politik, der Oberurseler Stadtverwaltung (Geschäftsbereich Stadtentwicklung), des Regierungspräsidiums in Darmstadt (Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt), der Firma Dr. Hug Geoconsult GmbH, und dort insbesondere der Projektverantwortlichen Gabriele Meise- Goll, und des Instituts für Hygiene und Umweltmedizin in Gießen unter Prof. Dr. med. Eikmann beleuchten.

Die Fakten sollten unter Beteiligung der Betroffenen erörtert und in der Öffentlichkeit geklärt werden.

gez. Georg Braun